



Quelle: © Ann Wang, Reuters.

Tanz mit dem Drachen

Die wechselhaften Beziehungen zwischen Myanmar und China

Thomas S. Knirsch / Annabelle Heugas

Die starke Abhängigkeit Myanmars von China war einer der Hauptgründe für den demokratischen Wandel nach 2008. Dennoch ist China heute wieder größter Handelspartner und Investor in Myanmar. Das Land hat eine herausragende geostrategische Bedeutung für China und ist zentraler Baustein der Belt and Road Initiative (BRI). Die Beziehungen zu China bleiben auch in Zukunft ein schwieriger Balanceakt zwischen eigenen und fremden Interessen.

Mitte Januar 2020 reiste Xi Jinping als erster chinesischer Präsident seit 19 Jahren zu einem zweitägigen Staatsbesuch nach Myanmar. Die Bedeutung des Besuchs wurde durch die Tatsache erhöht, dass beide Länder in diesem Jahr den 70. Jahrestag der diplomatischen Beziehungen begehen. Neben diesem offiziellen Anlass war Hintergrund des Besuchs vor allem aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder. China ist Myanmars größter Handelspartner. Im Jahr 2018 kamen 25 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen aus China, 32 Prozent aller Ausfuhren gingen nach China.¹ China möchte vor allem erreichen, dass die großen Projekte, die zum China-Myanmar Economic Corridor (CMEC) zählen und Teil der Belt and Road Initiative (BRI, auch bekannt als Neue Seidenstraße) Chinas sind, so bald wie möglich realisiert werden. Zu diesen Projekten zählen: der Tiefseehafen Kyaukphyu im Indischen Ozean und die dazu gehörende Sonderwirtschaftszone, eine Eisenbahn und eine Autobahn, die Kunming in der Provinz Yunnan über Mandalay mit Kyaukphyu verbinden soll, das Projekt New Yangon City und Zonen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit entlang der Grenze zwischen China und Myanmar. Bereits im Jahr 2014 wurde eine über 700 Kilometer lange Erdöl- und Erdgas-Pipeline vom Hafen Kyaukphyu in die südwestchinesische Provinz Yunnan in Betrieb genommen.² Das Kyaukphyu-Projekt und die damit verbundene Autobahn und Eisenbahnstrecke sind älter als die BRI und spiegeln Chinas langjähriges Bestreben wider, über Myanmar einen direkten Zugang zum Indischen Ozean zu erhalten. Ist

China mit dem Besuch Xi Jinpings diesem Ziel nähergekommen? Was bedeutet das Ergebnis des Besuchs für die Zukunft der Beziehungen zwischen China und Myanmar? Wird Myanmar, wie viele befürchten, zunehmend wieder zum „Klientelstaat“ Chinas?

Politik zwischen Pragmatismus und Misstrauen

Wie so oft hilft bei der Antwort auf Gegenwartsfragen ein Blick auf die Geschichte. Nur zwei Jahre nach seiner Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahre 1948 nahm Myanmar, damals noch Birma genannt, Beziehungen zu China auf. Die frühe Anerkennung der Volksrepublik China (Myanmar war das erste nichtkommunistische Land, das dies tat) ist bezeichnend für die außenpolitische Strategie, die Myanmar seit seiner Unabhängigkeit verfolgt: eine Politik der Neutralität. Die Welt war zwischen einem westlichen und einem östlichen Block geteilt. Eine Gruppe von Ländern, zumeist ehemalige Kolonien, wollte sich jedoch nicht hinter eine der beiden Blöcke stellen. Sie bildeten 1961 die Bewegung der Blockfreien und Myanmar ist bis heute eines ihrer 120 Mitglieder. Myanmars Politik der Neutralität geht allerdings dieser Mitgliedschaft voraus. Bereits im Jahre 1949 erklärte der erste Premierminister des Landes, U Nu, dass Myanmar mit allen fremden Ländern befreundet sein müsse: „Unsere winzige Nation darf nicht die Unverfrorenheit besitzen, mit irgendeiner Macht zu streiten.“³ Nu unterstrich, dass sich „eine kleine, schwache Nation wie die unsere [...], wie auch immer wir unsere

Verteidigung verstärken, niemals erfolgreich alleine verteidigen kann.“⁴

Solche „Vorsichtsmaßnahmen“ werden seither insbesondere gegenüber China getroffen, einem Land, das sechzehnmal größer als Myanmar ist, und mit dem es eine über 2.000 Kilometer lange Grenze teilt. Misstrauen und Pragmatismus prägten daher schon früh die Beziehungen beider Länder. Als Garantie für einen Nichtangriff unterzeichneten Myanmar und China 1954 eine gemeinsame Erklärung, in der sie die chinesischen fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz bekräftigten, auf denen ihre Beziehungen basieren sollten. Darüber hinaus legten beide Länder 1960 auf diplomatischem Wege Grenzstreitigkeiten zwischen ihnen bei, was Myanmars Befürchtungen vor einer chinesischen Übertretung weiter beschwichtigte.⁵ Diese Periode wurde die *Pauk-Phaw* (oder brüderliche)-Ära genannt. Doch dann übernahm 1962 das Militär durch einen Putsch die Macht in Myanmar. Die Beziehungen zwischen dem Militärregime und der Führung Chinas verschlechterten sich in den Folgejahren merklich. Im Jahr 1967 kam es sogar zu antichinesischen Unruhen in Myanmar. Die Unruhen wurden durch chinesisch-birmanische Studenten ausgelöst, die sich, beeinflusst durch die Kulturrevolution in China, weigerten, ihre Mao Tse-tung-Abzeichen abzunehmen. Bei diesen Unruhen wurden Chinesen getötet und deren Geschäfte geplündert. Die Behörden Myanmars hielten die Unruhestifter nicht auf. Es wird sogar angenommen, dass sie die Unruhen angefacht hatten, um den Zorn der Bevölkerung über die schwache Wirtschaft und die Krise der Reisproduktion auf die Chinesen in Myanmar zu lenken. Dieses Ereignis markierte jedenfalls das Ende der *Pauk-Phaw*-Ära zwischen China und Myanmar und belastete die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern für die folgenden Jahre schwer.

Frühe Vorbehalte gegenüber Chinesen

Antichinesische Ressentiments entstanden jedoch schon viel früher in Myanmar, und sind auch heute noch weit verbreitet. Im Laufe der Geschichte hatte es mehrere Migrationswellen von China nach Myanmar gegeben, insbesondere

im 18. und 19. Jahrhundert. Die Migranten waren meistens Händler und Kaufleute. Als die Kommunistische Partei in China an die Macht kam, erhöhte sich die Einwanderung weiter durch Chinesen, die vor politischer Verfolgung flohen oder bessere wirtschaftliche Chancen in Myanmar suchten. Es wird geschätzt, dass Bürger chinesischer Ethnizität gegenwärtig drei Prozent der Bevölkerung Myanmars ausmachen.⁶ Aber die tatsächliche Zahl könnte viel höher liegen, wenn man die Anzahl der gemischten Ethnien über mehrere Generationen hinweg und diejenigen Chinesen in Betracht zieht, die sich zum Teil fälschlicherweise als einer der 135 anerkannten ethnischen Gruppen innerhalb Myanmars zugehörig erklären. Tatsächlich werden die Chinesen, obwohl sie seit mehreren Generationen hinweg eine gut integrierte Gruppe innerhalb der Bevölkerung darstellen, nicht als eigenständige ethnische Gruppe anerkannt. Eine Ausnahme bilden die Kokang, ursprünglich Han-Chinesen, die bereits im 17. Jahrhundert in die heutige Region Shan-Staat emigrierten. Die fehlende Anerkennung könnte sich bis heute durch eine latente (nationalistische) Abneigung des myanmari-schen Volkes gegenüber den Chinesen im eigenen Land erklären lassen sowie einem starken Misstrauen (bis hin zu Neid) gegenüber deren Einfluss, Geschäftsaktivitäten und -praktiken.

Während also Myanmar in den späten 1940er und 1950er Jahren vornehmlich eine territoriale Invasion fürchtete, wird die Gefahr heute vor allem durch Migration und wirtschaftliche Aktivitäten gesehen. Dies führt zu teilweise starken Ressentiments unter den Einheimischen. „Ich habe das Gefühl, dass ich nicht mehr in Mandalay ansässig bin [...] sie [das chinesische Volk] sehen wie die Einwohner aus. Sie haben Geld, also haben sie die Macht.“⁷ Wie repräsentativ diese Aussage auch sein mag, man geht davon aus, dass bis zu 50 Prozent der Bevölkerung Mandalays Chinesen sein könnten.⁸

Wandelnde Beziehungen ab den 1990ern

Chinas Beziehungen zu Myanmar nahmen abermals eine Wende, als 1988 der Studentenaufstand und die prodemokratischen Demonstrationen in

Myanmar stattfanden. Die folgende gewaltsame Unterdrückung durch das Militär führte zu einer weltweiten Verurteilung. Die USA verhängten Sanktionen gegen das Land, später folgte die EU. Ein Jahr nach Myanmar's Demonstrationen sah sich China mit seinem eigenen Aufstand auf dem Tiananmen-Platz konfrontiert. Wie auch in Myanmar waren die Demonstranten hauptsächlich Studenten, die einen demokratischen Regimewechsel forderten. Eine gewaltsame Niederwerfung wurde auch hier von der Regierung angeordnet – mit entsprechendem Echo aus dem Ausland. Myanmar, international geächtet und zu einem „Pariastaat“ degradiert, definierte seine Beziehungen zu China in der Folge neu. Der Grenzhandel zwischen den Ländern öffnete sich 1989, und 1990 begann Myanmar auch seine militärische Kooperation mit China auszuweiten. Es war dies der Anfang einer immer stärker wachsenden Abhängigkeit von China, die durch die schwache Wirtschaft Myanmar's weiter verstärkt wurde.

Die starke Abhängigkeit Myanmar's von China war einer der Hauptgründe, weshalb das Militärregime ab 2008 mit der Ankündigung erster allgemeiner Wahlen seit 20 Jahren einen politischen Wandel einleitete. Es sollte durch einen Regimewechsel vor allem eines erreicht werden: die verschlossenen Türen zu westlichen Ländern zu öffnen, um auf diese Weise zu verhindern, noch stärker zu einem Klientelstaat Chinas zu werden. Im Jahr 2010 wurde nach fast 50 Jahren Militärregierung schließlich eine halbzivile Regierung an die Macht gewählt. Ihr Präsident, der ehemalige General Thein Sein, leitete politische und wirtschaftliche Reformen ein, die auf eine weitgehende Öffnung Myanmar's zielten. Myanmar strebte auch eine Rückkehr zu seiner ursprünglichen Außenpolitik der Neutralität an. Jedenfalls beeinflusste dieser Regimewechsel die Dynamik der Beziehungen zum Nachbarn China massiv, denn die westlichen Länder gingen auf das Angebot ein, die Beziehungen mit dem ehemaligen „Pariastaat“ wiederherzustellen. Im Jahr 2011 setzte die Regierung Myanmar's dann das Myitsone-Dammprojekt aus, das das zu jener Zeit größte und umstrittenste Projekt Chinas in Myanmar zur Energieversorgung

(vornehmlich für die benachbarte südwestchinesische Yunnan-Provinz selbst) war. Dies durfte als eine klare Botschaft der Distanzierung zu Chinas Führung verstanden werden. Die Annäherung zwischen der Thein-Sein-Regierung und der US-Administration unter Barack Obama, der Myanmar 2012 einen historischen Besuch abstattete, war ein weiteres deutliches Signal.

Nach der Öffnung des Landes im Jahr 2011 hatte sich das Image Myanmar's in den Augen der internationalen Gemeinschaft zunächst stark verbessert – die Rechnung Thein Seins war aufgegangen. Dies änderte sich jedoch 2017 schlagartig durch die humanitäre Katastrophe im westlichen Teil des Landes, dem Rakhine-Staat, einem von 14 Teilstaaten bzw. Regionen Myanmar's. Im August 2017 griff eine militante Gruppe der Rohingya (Arakan Rohingya Salvation Army), eine nicht anerkannte muslimische Minderheit, die im Rakhine-Staat lebt, mehrere Polizeiposten an. Das Militär Myanmar's reagierte darauf mit teilweise exzessiver Gewalt, was dazu führte, dass mindestens 700.000 Rohingya nach Bangladesch flohen. Der VN-Hochkommissar für Menschenrechte, Zeid Ra'ad al-Hussein, bezeichnete diese Krise als „Lehrbuchbeispiel für ethnische Säuberung“⁹. Obwohl auch China die Angriffe verurteilte, „unterstützt es Myanmar in seinen Bemühungen, den Frieden und die Stabilität des Staates Rakhine zu sichern“¹⁰. Im Namen der Stabilität in der Region und in Übereinstimmung mit seinen Prinzipien der Nichteinmischung weigert sich China daher, Sanktionen zu verhängen. Im Jahre 2018 stimmte es gegen die Einrichtung eines internationalen Gremiums durch den VN-Menschenrechtsrat, das den Fall eines möglichen Völkermordes in Rakhine hätte untersuchen sollen.¹¹

China als Vermittler und Förderer

Seit der Unabhängigkeit leidet Myanmar unter dem längsten Bürgerkrieg der Welt, der nunmehr bereits 70 Jahre andauert.¹² Die Ursachen der Konflikte mit der birmanischen Armee sind vielfältig, münden aber vornehmlich in Forderungen der (teilweise bewaffneten) ethnischen Gruppen nach Unabhängigkeit oder mehr

Autonomie sowie in Auseinandersetzungen um die Verteilung der reichlich vorhandenen natürlichen Ressourcen aus den ethnischen Gebieten. Die Konfliktzonen befinden sich hauptsächlich in ethnischen Gebieten an den Grenzen des Landes.

Obwohl Chinas Außenpolitik von seinen Prinzipien der Nichteinmischung diktiert wird, beteiligte es sich früh am neu initiierten Friedensprozess als Vermittler. Der nach der Unabhängigkeit zunächst eingeleitete Friedensprozess in Myanmar war durch den Militärcoup 1962 abrupt gestoppt worden und wurde schließlich unter der Thein-Sein-Regierung wiederaufgenommen. China sah wohl vornehmlich seine Grenzsicherheit und wirtschaftlichen Interessen bedroht. Im Jahre 2009 griff erstmals das Militär Myanmars die Armee der ethnischen Gruppe der Kokang, die Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA), an, was dazu führte, dass bis zu 30.000 Kokang und ethnische Chinesen in die chinesische Provinz Yunnan fliehen mussten.¹³ Im Jahr 2015 drang dann die Armee der MNDAA in das Kokang-Territorium im östlichen Shan-Staat Myanmars ein und lieferte sich schwere Kämpfe mit der Armee. Viele Soldaten starben, und die Armee vermutet bis heute, dass die Rebellen chinesischen Boden für ihre Vorbereitung und den Angriff nutzten. Dieser und weitere ethnische Konflikte waren somit nicht länger nur eine rein innenpolitischen Angelegenheit Myanmars. Als Reaktion auf die Kachin-Unabhängigkeitsorganisation (KIO), einem Staat und einer Ethnie im Nordosten Myanmars im Grenzgebiet zu China, und die folgenden Kämpfe der birmanischen Armee in diesem Gebiet organisierte China bereits 2013 Friedensgespräche zwischen beiden Parteien.

Seitdem hat China die Rolle des Beobachters oder Teilnehmers für mehrere Friedensgespräche zwischen der Armee und ethnischen bewaffneten Organisationen übernommen. Inwieweit diese Rolle Chinas mit dem selbsterklärten Prinzip der Nichteinmischung überhaupt kompatibel sein kann, ist allerdings grundsätzlich zu hinterfragen. Gemeinhin wird angenommen, dass Chinas Anreize zur Hilfe bei der Lösung dieser Konflikte im Schutz seiner Landesgrenzen und

der eigenen wirtschaftlichen Interessen in Myanmar zu suchen sind. Möglicherweise zielt diese Strategie aber auch darauf, eine Einmischung der USA in die Konflikte zu vermeiden.¹⁴ Die Realität dürfte wohl noch viel komplexer sein: Es wird vermutet, dass ehemalige chinesische Soldaten der Volksbefreiungsarmee, die als Söldner arbeiten, systematisch die Kokang-Armee unterstützen. Die chinesische Regierung hingegen erklärte, dass sie keine militärische Hilfe leiste. Was den Kachin-Konflikt betrifft, so würde die Provinzregierung in Yunnan offenbar gerne die KIO unterstützen; Peking zieht es jedoch weiter vor, das Prinzip der Nichteinmischung zu respektieren. Darüber hinaus spielen der Drogen- und Menschenhandel in den Grenzgebieten eine große Rolle in den Konflikten. Der Handel mit illegalen Waren über die Grenze Chinas ist in den letzten Jahren nicht nur für die Armeen der Rebellen zu einem Milliardengeschäft geworden.¹⁵

Pragmatismus statt Ideologie unter Aung San Suu Kyi

Als die Nationale Liga für Demokratie (NLD) nach dem Sieg bei den Parlamentswahlen 2015 an die Macht kam, musste China seine Beziehungen zur neuen Regierung zunächst behutsam neu tarieren. Chinas Außenminister reiste nach Myanmar, um der NLD-Parteiführerin Aung San Suu Kyi kurz nach ihrem Sieg zu gratulieren. Es blieb zunächst abzuwarten, welche Beziehungen die NLD, eine Partei, die jahrzehntelang für die Etablierung der Demokratie im Lande gekämpft hatte, zu China entwickeln würde. Es wurde jedoch schon bald nach Beginn ihrer Amtszeit klar, dass die NLD die Absicht verfolgte, die Beziehungen zu China wieder zu vertiefen. Aung San Suu Kyi hat sich so bislang auch nicht explizit gegen chinesische Megaprojekte gestellt, die von der Thein-Sein-Regierung teilweise aufgegeben worden waren. Im Jahr 2019 erklärte sie, dass das Volk Myanmars „[seine] Versprechen einhalten“ müsse, die sich auf das umstrittenste chinesische Projekt, den Myitsone-Damm, beziehen.¹⁶ Damit entschied sich die NLD-Regierung bereits früh, das Land mit Pragmatismus statt auf der Grundlage von Ideologien zu führen. Die Entwicklung dieser großen Projekte wird

die Steuerzahler allerdings viele Milliarden US-Dollar kosten. Nach dem ursprünglichen Entwurf der chinesischen Seite würde der Tiefseehafen Kyaukphyu mehr als sieben Milliarden US-Dollar, der Muse-Mandalay-Abschnitt der Eisenbahn fast neun Milliarden US-Dollar und die Stadt New Yangon City über zwei Milliarden US-Dollar verschlingen. Es gibt noch weitere vorgeschlagene Projekte, die ebenfalls Investitionen in Milliardenhöhe erfordern werden. Das Hauptproblem jedoch ist, dass Myanmar es sich nicht leisten kann, das für die Entwicklung dieser Projekte erforderliche Geld zu investieren. Natürlich könnte es Darlehen von China aufnehmen, aber dann müsste es dafür hohe Zinsen zahlen oder andere langjährige Verpflichtungen eingehen. Da diese Projekte Teil der Belt and Road Initiative Chinas sind, stehen für deren Finanzierung auch nicht wirklich alternative Quellen zur Verfügung. Die Regierung ist sehr vorsichtig, erneut in eine allzu große Abhängigkeit von China und vor allem in eine Schuldenfalle zu geraten, und hat Lehren aus den Erfahrungen von Ländern wie Sri Lanka gezogen.

Die Position der gegenwärtigen Regierung unter Führung von Aung San Suu Kyi ist daher klar. Sie unterstützt die Belt and Road Initiative zwar grundsätzlich, aber sie wird die Projekte auf myanmarischem Boden nur dann durchführen, wenn sie dem Volk Myanmars auch Vorteile bringen: Die Projekte müssen der nationalen Entwicklung Vorrang einräumen, die Umwelt nicht schädigen und die soziale Entwicklung des Volkes unterstützen.¹⁷

Auf dem Weg zur Seidenstraße

Im Jahr 2020 feiern Myanmar und China den 70. Jahrestag der bilateralen diplomatischen Beziehungen ihrer Länder. Sie verabschiedeten das bilaterale Kultur- und Tourismusjahr zwischen Myanmar und China und unterzeichneten mehrere Wirtschaftsabkommen. Der Besuch von Xi Jinping Anfang 2020 blieb dennoch weit hinter den Erwartungen der Führung in Peking zurück, denn nur wenige Vereinbarungen im Zusammenhang mit großen Investitionen wurden tatsächlich unterzeichnet. Das einzig

große Investitionsabkommen, das unterzeichnet wurde, betraf den Tiefseehafen Kyaukphyu. Der Projektumfang wurde auf 1,3 Milliarden US-Dollar reduziert, während Myanmars Anteil an diesem Projekt von 15 Prozent auf 30 Prozent gestiegen ist. Die Machbarkeitsstudie über das Muse-Mandalay-Eisenbahnprojekt, die von der chinesischen Seite durchgeführt wurde, wurde während des Staatsbesuchs an die myanmari-sche Seite übergeben. Myanmar hat jedoch nicht zugesagt, das Projekt auch zu realisieren. Die Fortschritte bezogen auf die New Yangon City waren bislang ebenfalls bescheiden. Eine chinesische Firma hat zwar eine Studie durchgeführt, aber der Bau hat noch nicht begonnen.¹⁸ Es ist daher unwahrscheinlich, dass China mit den Ergebnissen zufrieden sein wird. Obwohl Xi Jinping darauf drängte, die Fortschritte beim CMEC zu beschleunigen, gelang es ihm anscheinend während des Besuchs in bilateralen Gesprächen nicht, die Projekte tatsächlich voranzubringen.

Größere Fortschritte gab es an der politischen Front, wo Xi Jinping eine Vereinbarung zur Definition der bilateralen Beziehung als *Sino-Myanmar Community of Common Destiny*,¹⁹ der höchstmöglichen Form der Kooperation mit China unter Xi Jinping, erzielen konnte. Dies ist eine Aufwertung der bereits 2011 vereinbarten „umfassenden strategischen Kooperationspartnerschaft“. Die meisten Politiker in Myanmar sind jedoch mit dem Konzept der „Gemeinschaft eines gemeinsamen Schicksals“ überhaupt nicht vertraut. In einer gemeinsamen Erklärung während des Besuchs sagte Myanmar diesbezüglich immerhin zu, dass es nicht nur die Ein-China-Politik unterstütze, sondern auch die chinesischen Versuche, die Probleme in Bezug auf Taiwan, Tibet und Xinjiang zu lösen. China bekräftigte hingegen, dass es Myanmars Bemühungen unterstütze, die Probleme in Bezug auf den Rakhine-Staat zu lösen. Xi Jinping sagte auch zu, dass China in den kommenden drei Jahren Wirtschaftshilfe in Höhe von 570 Millionen US-Dollar für Myanmar bereitstellen werde. Und dann sind da noch die militärischen Beziehungen. Xi Jinping traf sich mit Oberbefehlshaber General Min Aung Hlaing. In den Gesprächen hinter verschlossenen Türen sprachen sie wohl

vornehmlich über ethnische bewaffnete Gruppen, die entlang der chinesischen Grenze aktiv sind. Xi Jinping soll abgestritten haben, Waffen zu liefern und diesen Gruppen zu erlauben, chinesischen Boden zu benutzen, um den Interessen Myanmars zu schaden.

Günstige Perspektiven für die Zusammenarbeit

Insgesamt war Xi Jinping während seines zweitägigen Staatsbesuchs nicht in der Lage, außer wenigen Investitionszusagen und einer Vereinbarung zum Aufbau einer „Schicksalsgemeinschaft“, signifikante Ergebnisse für China zu verhandeln. Dennoch dürften sich die myanmarisch-chinesischen Beziehungen in den kommenden Jahren eher günstig entwickeln. Denn Myanmar und China können auch bei schwierigen internen Fragen, die auf der internationalen Bühne zur Sprache gebracht werden, auf die Unterstützung des jeweils anderen zählen. Und noch wichtiger: Myanmar hat eine herausragende geostrategische Bedeutung für China. Langfristig hofft China, eine Passage von der Provinz Yunnan durch Myanmar hin zum Indischen Ozean zu sichern, um so das chinesische Hinterland in Richtung Westen besser erschließen zu können. Zusätzlich könnte so die Militärpräsenz über einen zukünftigen Marinestützpunkt im Golf von Bengalen ausgebaut werden, vermuten Sicherheitsexperten. Damit könnte die Abhängigkeit Chinas, einen Großteil seiner Im- und Exporte über die konfliktgeladene Seehandelsroute durch das Chinesische Meer und die Straße von Malakka laufen lassen zu müssen, zumindest reduziert werden. Für China dürfte vor allem aber entscheidend sein, nicht gegenüber Indien und den USA ins Hintertreffen zu geraten, da beide Mächte ebenfalls um Einfluss im Golf von Bengalen konkurrieren.

Myanmar ist jedoch nicht einfach nur Spielball der großen rivalisierenden Nationen. Tatsächlich nutzt Myanmar geschickt die geostrategischen Interessen rivalisierender Länder als diplomatisches Mittel, um von allen Parteien gleichermaßen Vorteile zu erlangen. So begrüßen zum Beispiel hochrangige Regierungsbeamte

einerseits chinesische Investitionen und bringen gleichzeitig anderen ausländischen Würdenträgern gegenüber Besorgnisse über Chinas Interessen in Myanmar zum Ausdruck.²⁰

Während der COVID-19-Pandemie zeigt sich der große Nachbar China als „Helfer in der Not“. Chinesische Staatsmedien berichteten Anfang April 2020, dass ein medizinisches Team zusammen mit Testkits, 60.000 Masken und 5.500 Sets persönlicher Schutzausrüstung nach Myanmar geschickt worden war.²¹ Gegen Ende des Monats half medizinisches Personal der Volksbefreiungsarmee dem Militär Myanmars beim Bau und der Ausstattung eines COVID-19-Testlabors. Diese Pandemie gibt China die Chance, sein Engagement in Myanmar weiter unter Beweis zu stellen: China kann Myanmar helfen, Leben zu retten, während andere Länder wie Japan und Indien, die den Einfluss Chinas in Myanmar ausgleichen wollen, gegenwärtig vor eigenen Herausforderungen stehen. Andererseits haben zahlreiche chinesische Unternehmen, vornehmlich in der wachsenden Textilindustrie mit über 400.000 Arbeitsplätzen, durch die COVID-19-Pandemie ihre Produktionsstätten geschlossen und viele Mitarbeiter entlassen. Dies hat zu großen Protestaktionen vor den Werkstoren und Streikaufrufen durch die Gewerkschaften geführt. Die antichinesische Stimmung im Land dürfte dadurch eher wieder befördert worden sein.

Die Beziehungen zwischen Myanmar und China bleiben auch in Zukunft ein Balanceakt zwischen eigenen und fremden Interessen, Pragmatismus und Realismus, Nähe und Distanz – ein schwieriger Tanz mit dem Drachen allemal. Wie Aung San Suu Kyi während ihres Treffens mit Xi Jinping in diesem Jahr erklärte, „versteht es sich von selbst, dass ein Nachbarland keine andere Wahl hat, als bis zum Ende der Welt zusammenzustehen“²².

Dr. Thomas S. Knirsch ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Myanmar.

Annabelle Heugas ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Myanmar.

- 1 Germany Trade and Invest (GTAI) 2019: Wirtschaftsdaten Kompakt – Myanmar, 26.11.2018, in: <https://bit.ly/2XJVF7W> [29.05.2020].
- 2 Bloomberg 2017: Myanmar pipeline gives China faster supply of oil from Middle East, South China Morning Post, 12.04.2017, in: <https://bit.ly/30ZFAyu> [19.06.2020].
- 3 Best, Anthony 2000: Burma, India, Pakistan, Ceylon, Indonesia, The Philippines and South-East Asia and the Far East (General): January 1949–December 1949, in: Preston, Paul / Partridge, Michael (Hrsg.): British Documents on Foreign Affairs: Reports and Papers from the Foreign Office Confidential Print.
- 4 Steinberg, David I. / Fan, Hongwai 2012: Modern China–Myanmar Relations: Dilemmas of Mutual Dependence, Kopenhagen.
- 5 Myoe, Maung Aung 2011: In the Name of Pauk-Phaw: Myanmar’s China Policy Since 1948, Singapur.
- 6 Anywhere: What Is Myanmar’s Population and Ethnic Makeup?, in: <https://bit.ly/3deGr1s> [08.04.2020].
- 7 South China Morning Post 2018: How a Massive Influx of Chinese Migrants Has Changed Myanmar’s Second-Largest City Mandalay, 01.05.2018, in: <https://bit.ly/36K0cvs> [08.04.2020].
- 8 Ebd.
- 9 UN News 2017: UN Human Rights Chief Points to ‚Textbook Example of Ethnic Cleansing‘ in Myanmar, 11.09.2017, in: <https://bit.ly/2TMO5Zi> [29.05.2020].
- 10 Gao, Charlotte 2017: On Rohingya Issue, Both China and India Back Myanmar Government, The Diplomat, 13.11.2017, in: <https://bit.ly/2yJaEGN> [08.04.2020].
- 11 Blenhard, Ben 2018: China Says Rohingya Issue Should Not Be ‚Internationalized‘, Reuters, 28.09.2018, in: <https://reut.rs/2ZMuBHS> [29.05.2020].
- 12 Kaicome, Jittapron 2019: Marking 70 Years of War in Myanmar, The Diplomat, 08.02.2019, in: <https://bit.ly/3eyCTYb> [08.04.2020].
- 13 Buckley, Chris 2009: Myanmar Fighting Forces up to 30,000 to Flee to China, Reuters, 28.08.2009, in: <https://reut.rs/2MaH1Bi> [08.04.2020].
- 14 China Myanmar Senior Study Group 2018: China’s Role in Myanmar’s Internal Conflicts, United States Institute of Peace (USIP), 14.09.2018, in: <https://bit.ly/2zGzNT2> [08.04.2020].
- 15 International Crisis Group 2020: Commerce and Conflict: Navigating Myanmar’s China Relationship, Asia Report 305, 30.03. 2020, in: <https://bit.ly/3gBAEow> [29.05.2020].
- 16 BBC News 2019: Aung San Suu Kyi’s Myanmar Dam Dilemma with China, 27.07.2019, in: <https://bbc.in/2M5Q9r0> [29.05.2020].
- 17 Tulonen, Antti 2020: Myanmar – Back on Track with BRI?, EU-Asia Centre, 11.02.2020, in: <https://bit.ly/2zywgq1> [29.05.2020].
- 18 Reed, John 2020: China and Myanmar sign off on Belt and Road Projects, Financial Times, 18.01.2020, in: <https://on.ft.com/2zHYluL> [29.05.2020].
- 19 Jagan, Larry 2020: China’s grand vision, Bangkok Post, 10.02.2020, in: <https://bit.ly/3gAM6RB> [29.05.2020].
- 20 Bhatia, Rajiv 2015: India–Myanmar Relations: Changing Contours, Abingdon.
- 21 Hkawng, Jaw Tu / Fishbein, Emily 2020: Myanmar’s ethnic conflicts obstruct COVID-19 aid to minorities, Nikkei Asian Review, 03.05.2020, in: <https://s.nikkei.com/3cephQj> [29.05.2020].
- 22 The Star 2020: China and Myanmar ‚stand together‘ despite Rohingya Backlash, 18.01.2020, in: <https://bit.ly/3gCVLqS> [08.04.2020].